

Dringliche Motion

Betreffend: **Corona-Schutzmassnahmen an den städtischen Schulen**

eingereicht von: Yves O. Aeschbacher namens der mitwirkenden Fraktionen/Mitunterzeichnenden

am: 13. Dezember 2021

Ausgangslage:

Das Virus verbreitet sich in den Schulen extrem schnell und wird von den Schüler:innen nach Hause getragen. Trotz explodierender Fallzahlen - gerade an Schulen – waren die städtischen Klassen im Unterricht lange ohne Schutzmassnahmen unterwegs. Die Breitentests wurden – auch zum Erstaunen vieler Fachleute - vom Kanton nach den Sommerferien eingestellt. Getestet wird erst, wenn drei Fälle in einer Klasse bekannt sind. Dies bedingt, dass die Eltern die Kinder testen lassen, was heute mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht genügend geschieht. Bis dann ein Ausbruch festgestellt wird, sind oft bereits mehrere Schüler:innen betroffen und haben sich mit Covid angesteckt.

Auch stehen mutmasslich immer noch ungeimpfte Lehrpersonen in Schulzimmern - eine Ansteckung von Schüler:innen ist, bei angewandeter Maskenpflicht geringer, aber nicht ausgeschlossen. Dies könnte durch Impfungen zusätzlich reduziert werden.

Begründung:

Wenn man die Schulen offenhalten und den Präsenzunterricht aufrechterhalten will, müssen die Ansteckungsketten unterbrochen oder möglichst vermieden werden. Momentan ist die Belastung, die Personal- und Unterrichtsausfälle zu kompensieren und organisieren, für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Schulleitende wieder sehr hoch. Auch muss verhindert werden, dass verunsicherte Eltern ihre Kinder aus Angst vor Ansteckungen als „krank“ zuhause behalten, um sie zu schützen – was einzelne Eltern bereits in Erwägung ziehen.

Auch wenn Kinder und Jugendliche oftmals leichte akute Verläufe zeigen, muss gemäss aktuellen Untersuchungen davon ausgegangen werden, dass bis zu 11% an Long-Covid Symptomen leiden. Die Symptome umfassen dabei Verschlechterungen der neurologischen, kognitiven und psychischen Fähigkeiten, einschliesslich Schlafstörungen und Konzentrationsproblemen. Bis zu 6% der betroffenen Kinder und Jugendlichen litten auch sechs Monate nach der Erkrankung noch an Long-Covid-Symptomen. Diese Langzeitfolgen können beträchtliche Auswirkungen auf die Kinder und deren Familien haben.

Da der Kanton seine Rolle zum Schutz der Schüler:innen und Lehrpersonen und zur Entlastung des Gesamtsystems ungenügend wahrnimmt, muss die Stadt Burgdorf ihren Ermessensspielraum nutzen und Massnahmen treffen.

Bei einer Aufforderung zur Durchführung eines PCR-Tests sind oftmals in Burgdorf kaum Testtermine verfügbar, was die Aufwände für Eltern sehr hoch werden lässt.

Forderungen:

Der Gemeinderat wird aufgefordert:

1. Er klärt ab, ob es auch sinnvoll wäre, für Klassen vor dem 5. Schuljahr eine Maskenpflicht oder Maskenempfehlung zu erlassen - und wenn ja, ab welchem Schuljahr.
2. Der Gemeinderat lässt an städtischen Schulen regelmässige/wöchentliche Breitentest durchführen und finanziert diese eigenständig, bis die Kosten durch den Bund übernommen werden. Die Breitentests an Burgdorfer Schulen sollen mindestens solange durchgeführt werden, wie dies die epidemiologische Lage erfordert.
3. Der Gemeinderat bestimmt einen sinnvollen, objektivierten Zeitpunkt in der Pandemieentwicklung, bei dem auch bei zukünftigen "Wellen" früh-/ rechtzeitig eine Maskenpflicht/ Maskenempfehlung erlassen wird.
4. Der Gemeinderat evaluiert mit dem Spital Emmental und den lokalen Kinderarztpraxen weitere Testmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Burgdorf.

Dringlichkeit:

Es wird Dringlichkeit verlangt. Dass bei jeder neuen epidemiologischen Welle die gleichen Grundsatzdebatten immer wieder geführt werden müssen, verhindert schnelle und griffige Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie an Schulen. Schon in der jetzigen Welle, aber auch in den folgenden, muss sich die Stadt so aufstellen, dass der Gesundheitsschutz von Schüler:innen, Lehr- und Betreuungspersonen garantiert ist. Eine stillschweigende Durchseuchung der Kinder und Jugendlichen, wie sie im Kanton Bern im Moment de facto passiert, ist keine Option.

Fraktionen:

SP, Die Grünen, Die Mitte, EVP.

Mitunterzeichnende:

Karin Fankhauser, Jürg Grimm, Elias Maier, Philipp Schärf.

Yves O. Aeschbacher für die mitwirkenden Fraktionen/Mitunterzeichnenden
(elektronische Einreichung, ohne Unterschrift)